



Verband medizinischer Fachberufe e.V.

Verband medizinischer Fachberufe e.V. – Postfach 10 26 80 · 44726 Bochum

Herrn
Bundesgesundheitsminister
Jens Spahn
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Geschäftsstelle

Anschrift
Gesundheitscampus-Süd 33
44801 Bochum

Telefon (0234) 777 28-0

Telefax (0234) 777 28-200

E-Mail: info@vmf-online.de
<http://www.vmf-online.de>

17.04.2020

Cc: Bundesarbeitsminister, Bundesfinanzminister,
Bundewirtschaftsminister

Zur Situation der angestellten Zahntechnikerinnen und Zahntechniker

Sehr geehrter Herr Gesundheitsminister Spahn,

der Verband medizinischer Fachberufe e.V. vertritt die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Zahntechnikerhandwerk als Berufsverband und unabhängige Gewerkschaft. Als wichtige Säule im Gesundheitswesen bei der Erstellung des Zahnersatzes als Medizinprodukt, aber auch als von der Zahnärzteschaft abhängiger Teil der Wertschöpfungskette, steht dieser Berufsstand trotz der Systemrelevanz nicht im Fokus der Öffentlichkeit und Politik. Das Zahntechnikerhandwerk ist von den Auswirkungen der Pandemie in besonderer Weise betroffen.

Grundsätzlich begrüßen wir die angelaufenen Maßnahmen, die den erleichterten Zugang zur Kurzarbeit ermöglichen und das Corona-Sozialschutz-Paket, in dem Rettungsmaßnahmen nun auch für Zahnarztpraxen verankert sind. Wir können jedoch nicht nachvollziehen, warum die Zahntechnik als Gesundheitshandwerk bis jetzt nicht berücksichtigt wurde.

Weil viele Zahnarztpraxen mangels geeigneter Schutzausrüstungen nur noch Notfallbehandlungen durchführen können, ist die Auftragslage im Zahntechnikerhandwerk nahezu komplett zurückgegangen. Dies hat zur Folge, dass die meisten der 49.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Zahntechnikerinnen und Zahntechniker mittlerweile in Kurzarbeit sind, viele wurden sogar entlassen.

Die Existenz der gewerblichen Meisterlabore und somit auch der Arbeits- und Ausbildungsplätze ist in hohem Maße gefährdet, denn so lange die Zahnärztinnen und Zahnärzte als Auftraggeber nicht arbeiten können, fallen bis auf dringende Reparaturen die Arbeitsaufträge in den zahntechnischen Betrieben weiterhin aus.

Die Arbeitgeber haben kaum Möglichkeiten, diese Defizite in irgendeiner Weise zu kompensieren, so wie es in anderen Branchen mit etwas Flexibilität teilweise möglich ist. Deshalb fordern auch wir, dass Sie Ihrer Verantwortung im Gesundheitswesen und somit auch für das Zahntechnikerhandwerk nachkommen und den Rettungsschirm ausweiten. Die zahntechnischen Betriebe und die Arbeitsplätze müssen erhalten und die Ausbildung des Berufsnachwuchses sichergestellt werden.

Die Löhne im Zahntechnikerhandwerk sind durch immer wiederkehrende Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt. Deshalb ist nun das Kurzarbeitergeld von 60 bzw. 67% des Nettolohnes für die angestellten Zahntechnikerinnen und Zahntechniker in den meisten Fällen zu niedrig, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Sie brauchen neben einer Ausweitung des Rettungsschirms auch eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes von staatlicher Seite, um die Arbeitgeber in der Zahntechnik zu entlasten und die Arbeitnehmer(innen) vor Existenzsorgen zu schützen. Sie können auch leider nicht unter den Schuttschirm eines Tarifvertrags wie im öffentlichen Dienst schlüpfen, denn bei den Zahntechniker(inne)n gibt es keinen bundesweiten Tarifvertrag.

In den letzten Jahren wurde im Zahntechnikerhandwerk massiv investiert, um die Fertigung von Zahnersatz zum Wohle der Patientinnen und Patienten zu optimieren und noch präziser arbeiten zu können. Kreditraten oder Leasinggebühren müssen mittelfristig wieder bedient werden, deshalb hilft ein Hilfsprogramm nur bedingt, in dem neue Schulden gemacht werden müssen. Nach dem Shutdown wäre so die finanzielle Lage in den Betrieben noch prekärer und würde die Situation für die angestellten Zahntechnikerinnen und Zahntechniker weiter verschärfen.

Nach der Pandemie sollte die Herstellung von Zahnersatz im Inland gefördert werden, um die Standorte und zuverlässige wohnortnahe Versorgung zu sichern. Diesbezüglich wünschen wir uns von der Politik klare Regelungen, auch um die Arbeitsplätze der angestellten Zahntechniker/innen sowie der Ausbildungsplätze in Deutschland zu schützen und letztlich das hochspezialisierte Wissen im Zahntechnikerhandwerk im eigenen Land zu halten.

Wir bitten Sie, die angestellten Zahntechnikerinnen und Zahntechniker in dieser belastenden Situation nicht im Stich zu lassen. Wir teilen die Sorge unserer Arbeitgeber, dass die derzeitige Lage den Fortbestand eines ganzen systemrelevanten Berufsstandes und somit die Versorgungssicherheit der Patientinnen und Patienten gefährdet.

Mit freundlichen Grüßen



Hannelore König
für den Bundesvorstand



Karola Krell
Referatsleitung Zahntechnik

Anlage: Zahlen, Daten, Fakten zu unseren Berufen